

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901**

17.3.1901 (No. 75)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 17. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Zig.“ — gestattet.

Nr. 75.

1901.

## Amtlicher Theil

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 23. Februar d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Heinrich Kuenzle am Realgymnasium in Ettlingen auf sein unterthänigstes Ansuchen auf 15. April l. J. aus dem Staatsdienste zu entlassen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 12. März d. J. den Gerichtsschreiber Emil Buselmeier beim Amtsgericht Billingen in gleicher Eigenschaft zum Amtsgericht Freiburg versetzt, sowie den Registrator Emil Bernauer beim Amtsgericht Billingen zum Gerichtsschreiber bei diesem Gericht und den Aktuar Christian Harnle beim Amtsgericht Breisach zum Registrator beim Amtsgericht Billingen ernannt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 14. März l. J. den Registraturassistenten Johann Neuer beim Landgericht Offenburg zum Kanzleisekretär bei diesem Gericht,

den Gerichtsschreiber Anton Meroth beim Amtsgericht Achern zum Registraturassistenten beim Landgericht Offenburg ernannt;

den Gerichtsschreiber Pius Kunz beim Amtsgericht Neustadt in gleicher Eigenschaft zum Amtsgericht Achern versetzt und

den Aktuar Matthäus Ganagarth beim Amtsgericht Schwenningen zum Gerichtsschreiber beim Amtsgericht Neustadt ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 11. März d. J. wurden die bei der Centralverwaltung verwendeten Expeditionsassistenten Clemens Hofmann, Ernst Trautmann und Max Briegel zu Betriebssekretären ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 12. März d. J. wurde Betriebsassistent Albert Heuser in Erzingen zum Stationsverwalter ernannt.

Der nach der amtlichen Veröffentlichung in Nr. 74 dieses Blattes zum Bezirksamt Ettlingen versetzte Revident heißt nicht „Gustav Karb“, sondern „Gustav Raab“.

## Nicht-Amtlicher Theil

### \* Ein Vertrauensvotum.

Der Reichstag hat heute in 2. Lesung den Ergänzungsetat für die chinesische Expedition angenommen. Am 15. Februar genehmigte der Reichstag in dritter Lesung den ersten Nachtragsetat mit 153 770 000 M. und heute, einen Monat später, hat die notwendig gewordene Ergänzung der für die chinesische Expedition vorgesehenen Kredite die Zustimmung des Reichstags gefunden. Mit diesen beiden Tatsachen vergleiche man den Lärm, den ein Theil der deutschen Presse seit der Entsendung freiwilliger Kämpfer nach Ostasien vollführt hat; man erinnere sich der verächtlichen „Scharfmacherei“ des Reichstags, die allerdings durchaus vergebliche Arbeit war. Man drohte mit einem fürchtbaren Strafgericht, wenn erst der Reichstag versammelt sein würde, und als die deutsche Volksvertretung, trotz allen Aufgebots journalistischer PreSSION, sich gänzlich abgeneigt zeigte, einen Konflikt mit der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten vom Zaun zu brechen, verdrödete die oppositionelle Presse sich und ihre Gläubigen von Sitzung zu Sitzung. Endlich kam die Beratung des ersten Nachtragsetats, die Stunde der „Abrechnung“ schlug, aber die Abrechnung selbst blieb aus. Der Etat wurde genehmigt, die Opposition war matt, die süddeutsche Volkspartei schwieg gänzlich. Nun ist heute auch der Ergänzungsetat genehmigt worden und der Reichstag hat noch ein Uebriges, indem er auf eine Kommissionsberatung Verzicht leistete — das denkbar weitestgehende Vertrauensvotum ist ertheilt! Mit Recht betonte der Führer der Nationalliberalen, daß es nicht angemessen sei, dem Weiter der deutschen auswärtigen Politik Schwierigkeiten in den Weg zu legen, nachdem dem Reichstag doch die Kenntniss der diplomatischen Vorgänge fehle. Ist Herr Wassermann etwa gar unter die Offiziösen gegangen? Vor dem Auslande hat heute der Reichskanzler, zum zweitenmale innerhalb vier Wochen, ein Vertrauensvotum

des Reichstags in der chinesischen Angelegenheit erhalten, und daß dieser zweite Etat sogar noch rascher als der 1. Nachtragsetat und überdies ohne den umständlichen Apparat einer Berathung in der Budgetkommission erledigt werden konnte, sichert der bewilligenden Mehrheit des Reichstags wie dem Grafen v. Bülow ein ehrenvolles Anerkenntniß und den Dank aller Vaterlandsfreunde. —

Wir lassen nachstehend die Ergänzung des telegraphischen Sitzungsberichts folgen:

Reichskanzler Graf v. Bülow (fortfahrend): Wir lassen uns nicht durch chinesische Winkelzüge und chinesische Spiegelfechtereien vorzeitig aus Pechschill hinauskomplimentiren. Ebenso steht es mit der Frage des Oberkommandos. Wir werden es nicht einen Tag länger aufrecht erhalten, als dieses den Nothwendigkeiten der Lage und den Wünschen der Mächte entspricht. Solange aber diese beiden Voraussetzungen zutreffen, wird der Feldmarschall Graf Waldersee wie bisher mit Sicherheit und mit allgemeiner anerkanntem Takt und mit ebenso gutem militärischem Erfolg sein Amt verwalten. Alle Mächte sind bestrebt, die Verhältnisse in China zu konsolidiren. Nichtsdestoweniger bestehen zwischen den Mächten gewisse in der Natur der Sache begründete Divergenzen. Es gibt Mächte, deren Interessen in China wesentlich wirtschaftlicher Natur sind, und es gibt andere Mächte, die dort mehr politische Ziele verfolgen. Wir gehören nach meiner Auffassung in die erstere Kategorie. Deshalb auch haben wir das deutsch-englische Abkommen abgeschlossen, dessen Tendenz ich damals dahin zusammenfassen konnte, einerseits die Integrität von China solange als möglich aufrecht zu erhalten, andererseits uns in China nur soweit zu engagiren, als dies für unsern Handel geboten ist. Auf die Mandchurerei bezieht sich das deutsch-englische Abkommen nicht. (Hört, hört und lebhafteste Bewegung.) Das geht schon aus dem Wortlaut des Abkommens hervor. Daß dieses Abkommen keinerlei geheime Abmachungen noch Klauseln enthält, das habe ich schon bei der ersten Lesung des Etats erklärt, wo ich auch sagte, daß wir sofort dieses Abkommen in extenso der Öffentlichkeit übergeben hätten. Ich kann heute hinzufügen, daß wir auch bei den Verhandlungen, die zum Abschluß dieses Abkommens führten, keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir daselbe nicht auf die Mandchurerei bezögen. In der Mandchurerei bestehen gar keine nennenswerthen deutschen Interessen. Was aus der Mandchurerei wird — ja, meine Herren, ich wüßte wirklich nicht, was uns gleichgültiger sein könnte. (Zustimmung rechts.) Auf der andern Seite aber haben wir ein Interesse daran, daß China in gegenwärtigen Augenblicke und solange seine Verpflichtungen gegenüber den Mächten nicht regulirt sind, sein Staatsvermögen nicht ungebührlich verringert. (Sehr richtig!) China ist in diesem Augenblicke Schuldner der Mächte bis zu einem recht erheblichen Betrage. China befindet sich augenblicklich in der Lage eines Schuldners, der mit seinen Gläubigern verhandelt, aber der nicht zu einem Accord gelangt ist. In einem solchen Falle haben die Gläubiger ein Interesse daran, daß der Schuldner, bis er seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, nicht zu viel weggibt in fraudem creditorum. (Große Heiterkeit.) Deshalb haben wir, wie auch andere Mächte, der chinesischen Regierung auf eine Anfrage erwidert, daß wir im jetzigen Moment und so lange China die ihm in der Kollektivnote der Mächte auferlegten Bedingungen nicht erfüllt hat, Abmachungen bedauern würden, welche China, gleichviel mit wem, abschließen sollte, sofern seine finanzielle Leistungsfähigkeit dadurch sehr wesentlich beeinträchtigt werden sollte. Diese Antwort konnte uns von keiner andern Regierung verübelt werden, einmal weil, wer berechtigte Interessen vertritt, keinem Andern zu nahe tritt, und dann, weil alle Mächte feierliche Erklärungen dahin abgegeben haben, daß sie in China keinerlei Sonderzwecke verfolgten. Mitbestimmend für unsere Antwort war auch der Umstand, daß neuerdings Privatgesellschaften angefangen haben, die gegenwärtige Lage von China zu benutzen, um der chinesischen Regierung allerlei Konzessionen abzuwerben. Wenn das so weiter ginge, so würde der chinesische Schuldner einer ausgequetschten Citrone gleichen, eine ausgequetschte Citrone sein, ehe wir zu unserem Saft gelangt sind. Deshalb haben wir unsern Standpunkt in dieser zur Zeit strittigen Frage dahin zusammengefaßt, daß wir in ersterer Linie bei der chinesischen Regierung die schleunige und völlige Erfüllung der von ihr angenommenen Friedensbedingungen urgiren, im übrigen aber die chinesische Regierung mit ihren Anträgen, Wünschen und Beschwerden an die diplomatische Konferenz in Peking verwiesen, welche das Konzert der Mächte repräsentirt. Ich nehme keinen Anstand, das Telegramm zu verlesen, welches ich vor einigen Tagen über diese Materie an unsere größeren Missionen gerichtet habe. Dieses Telegramm lautet: „Der Wortlaut einer Erklärung, welche schriftlich dem chinesischen Gesandten in Washington aus- gehändigt worden ist, wurde mir durch den amerikanischen Botschafter übergeben. China wird in derselben der dringende Rath ertheilt, wie bisher, so auch fernertin mit dem

Konzert der Mächte zu verhandeln und Vereinbarungen, welche Gebiete oder finanzielle Verpflichtungen in sich schließen, nicht mit einer einzelnen Macht zu treffen.“ Mit den Worten improper, inexpedient and extremely dangerous, also unpassend, ungehörig und sehr gefährlich für die Interessen Chinas wird letztere Art der Geschäftsbehandlung bezeichnet. Diese amerikanische Erklärung scheint die Erwiderung auf eine chinesische Anregung darzustellen. Auch der hiesige chinesische Gesandte theilte gestern hier auftragsgemäß mit, daß China von Rußland energisch gedrängt werde, den Mandchurienvertrag zu ratifiziren; durchaus sei die chinesische Regierung abgeneigt, einen Vertrag zu ratifiziren, der die Abtretung weiterer Gebiete involvire. Indessen fähle sie sich in ihrer Existenz bedroht, falls sie die Ratifizirung ablehne, und frage deshalb die Mächte um Rath. Darauf erhielt der chinesische Gesandte die Antwort, daß seit dem Beginne der Wirren in China im vorigen Sommer die deutsche Regierung ausnahmslos an dem Grundsätze festgehalten hat, bisweilen sogar unter Aufopferung eigener Gesichtspunkte, durch das Konzert der Mächte, und zwar nicht von Kabinet zu Kabinet, sondern durch die Konferenz der Vertreter in Peking, alle China betreffenden Angelegenheiten entscheiden zu lassen. Daß die schwierigen Fragen, welche ihrer Lösung harren, einer Erledigung wesentlich näher gerückt und die friedlichen Beziehungen der Mächte zu einander ungebrochen geblieben sind, ist dieser Form des Geschäftsverkehrs mit zu verdanken. Deshalb beabsichtigt die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers nicht, eine andere Art der Behandlung bei der durch den chinesischen Gesandten angeregten Frage einzutreten zu lassen. Daber stellt sie der chinesischen Regierung anheim, sich mit allen Anträgen an die diplomatische Konferenz in Peking zu wenden, um so mehr, als die Angaben der chinesischen Gesandten in direktem Widerspruch mit anderen, von glaubwürdiger Seite der deutschen Regierung zugegangenen Angaben stehen. (Hört, hört!) Welche Wirkung diese von uns an die chinesische Regierung gerichtete Empfehlung haben wird, ist eine andere Frage. Das können wir aber ruhig abwarten. Man hat von einer Isolirung Deutschlands in China gesprochen, und man hat gesagt, daß wir in China diese oder jene fremde Macht als Stütze bräuchten. Das eine ist so unzutreffend wie das andere. Von einer Isolirung Deutschlands in China kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil wir mit Erfolg unsere Anstrengungen darauf gerichtet haben, das Konzert der Mächte zusammenzuhalten. Einer besonderen Stütze, einer besonderen Anlehnung bedürfen wir deshalb nicht, weil wir zu keiner Zeit in China Sonderansprüche geltend gemacht haben. Man hat auch gesagt, daß durch die chinesischen Vorgänge unsere Beziehungen zu Rußland alterirt worden seien. Auch das ist unzutreffend. (Hört, hört!) Deutschland verfolgt, wie ich schon gesagt habe, in China wesentlich und ganz überwiegend Zwecke wirtschaftlicher und kultureller Natur. Rußland verfolgt in China auch Zwecke kultureller Natur, nebenbei aber auch gewisse politische Ziele, namentlich im Norden von China. Diese beiderseitigen Zwecke, die deutschen und die russischen, können aber sehr wohl nebeneinander bestehen. (Sehr richtig! rechts.) Von einem schärferen oder gar unversöhnlichen Gegensatz zwischen uns und Rußland ist in China so wenig die Rede, wie irgendwo sonst. (Hört, hört!) Wohl aber bringt diese Verschiedenheit der Aspirationen es mit sich, daß wir in China bisweilen auch mit anderen Mächten mit Nutzen zusammenarbeiten können. Das war z. B. der Fall bei dem von mir vorher erwähnten Jangtse-Abkommen, zu dem wir durch die Gleichartigkeit unserer Handelsinteressen in China mit den dortigen englischen Handelsinteressen geführt worden sind. Auch Deutschland und England besitzen in China mancherlei wichtige Interessen, die durch gemeinsame Behandlung gefördert werden können. Dieses Jangtse-Abkommen konnte aber der russischen Regierung gar keinen Grund zu Mißtrauen geben und bieten, denn die drei Artikel desselben, die drei einzigen Artikel desselben, legen uns in keiner Weise irgend eine Verpflichtung zu irgend einer Aktion gegen irgend eine andere Macht auf. Zwischen uns und Frankreich bestehen wie an vielen, wie an den meisten Punkten der Erde keine sachlichen Gegensätze. (Sehr richtig! rechts.) Was Japan angeht, so erkennen wir gern die Großmachtsstellung an, welche sich dieses hochbegabte Volk durch seine Waffenerfolge wie durch seine Intelligenz im fernem Osten errungen hat. Daß wir endlich von den anderen beiden Verbündeten Oesterreich-Ungarn wie Italien auch in China in der loyalsten Weise unterstützt worden sind, daß wir mit diesen unseren Verbündeten auch in China Hand in Hand und Seite an Seite gegangen sind, versteht sich von selbst bei dem völli unerschütterten Bestand des Dreibundes. (Bravol rechts.) Unsere Aufgabe ist es, zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Mächte unsere Neutralität, unsere Selbständig-

Zeit, unsern Frieden als die großen und dauernden Interessen des Reichs zu wahren. Das sind die Ziele, die wir schon im vergangenen Juli aufgestellt haben, die jetzt ihren Ausdruck gefunden haben in der gemeinsamen Note der Mächte, die nach wie vor unsere Richtschnur bilden und für deren Erreichung im Rahmen der von mir dargelegten Politik ich die Unterstützung dieses hohen Hauses erblicke. (Beifall.)

**Abg. Richter (freis. Volksp.)**: Das Ende der Expedition ist doch noch nicht so bald zu erwarten, wie wir es erhofft hatten, im Interesse unserer Soldaten und Finanzen. Ich richte an den Kriegsminister die Frage, wie steht es mit der Ablösung derjenigen, deren Dienstzeit schon im Oktober v. J. abgelaufen ist, und weiter auch, wie steht es mit den Einjährig-Freiwilligen? Die andern Mächte haben ihre in der letzten Zeit abgeordneten Truppen anderwärts beordert, wir nicht. Es erklärt sich daraus, daß man dem Oberbefehl eine stärkere Unterstützung geben will. Der Oberbefehl hat uns Botschaften in keiner Weise gebracht. (Sehr richtig!) Man vergaß in der Freude über die Uebertragung des Oberbefehls, über was denn Graf Waldersee zu kommandieren haben würde, und so ereignete sich denn, daß, als er in China eintraf, die Russen und die Amerikaner nur kleine Kontingente in Petchili zurückerließen. Die Japaner scheinen diesem Beispiel zu folgen. Daher berechtigt sich die Frage: Ueber wie viele Kommandanten denn eigentlich Graf Waldersee jetzt? Nun sollen unsere Truppen in's Unbestimmte hinein dort bleiben. Welche für Woche kostet es zwei Millionen. Ja, wie viele Engländer sind eigentlich in Petchili? Es ist doch die Vormacht in China, hat die größten Interessen. Ist es richtig, daß wir nur die Plakhalter sind für England in China? Seine ganze Landtruppenmacht ist doch in Südafrika. Ich habe mich nie an der Englandhege betheilig, aber wir haben nicht die Aufgabe, England seine Stellung in China zu erleichtern, damit es seine Aktion gegen die Buren nachdrücklicher gestalten kann. Und wie steht es mit unserer Flotte? Da handelt es sich doch um eine Okkupation, und doch wird der ganze Flottenbedarf dort verlangt. Wenn wirklich ein Druck ausgeübt wird auf China durch die Macht zu Wasser und Land, so wird dieser Druck neutralisiert durch die divergirenden Interessen der Mächte. Der Reichskanzler hat uns auch von einer deutschen Note Kenntniß gegeben; wir haben aber eine Drahtung des Vassan-Bureaus über eine deutsche Note, wonach Deutschland sich veranlaßt fühlen könnte, dem Beispiel Rußlands zu folgen und sich eine Art deutsche Mandchurei anzueignen. Das würde allerdings der Erklärung des Reichskanzlers widersprechen, daß Deutschland keine politische Interessen in China hat. Eine nähere Aufklärung wäre doch erwünscht. Das einzig Gute, was aus der Geschichte herauskommt, ist, daß man einsehen lernt, was uns doch ein Platz an der Sonne werth ist. Möge man zu der alten bewährten Politik des Fürsten Bismarck zurückkehren.

**Graf Stolberg (Konf.)**: Ich freue mich jedesmal, wenn der Abg. Richter die Politik des Fürsten v. Bismarck lobt. Möge er nur immer darnach handeln. (Richter ruft: Die auswärtige!) Die deutschen und russischen Interessen können nicht nur in China, sondern auch in Europa, in der ganzen Welt friedlich nebeneinander bestehen. Wir haben ein großes Interesse, den Etat rechtzeitig zu erledigen, damit nicht aus einem Ergänzungsetat ein Nachtragsetat wird. Wir würden also ausnahmsweise bereit sein, von einer Verweisung an die Budgetkommission abzusehen, falls es nicht von einer anderen Seite verlangt wird.

**Abg. Bebel (Soz.)**: Nach den Erklärungen des Reichskanzlers wäre alles in China in der besten Ordnung, das europäische Konzert in vollster Harmonie. Nun sind wir gewöhnt, die Sachen immer anders dargestellt zu bekommen, als sie sich hinterher ergeben. Es hieß ja, wir befinden uns gar nicht in einem Krieg mit China. Und nun trotzdem Friedensverhandlungen! Mit deutschen Soldaten vertreten wir die englischen Interessen in China und halten seine Truppen für die Buren frei. Dagegen müssen wir uns aufs allerentschiedenste verwahren. Ich habe die ernste Befürchtung, daß, was wir in China angefangen haben, im Westen ausbrechen wird. Mit der Mandchurei gewinnt Rußland eine Position, die es ganz von selbst immer mehr nach Südosten drängt und schließlich auch zur Okkupation von Kwantung. Das war 1895 Japan hinderten, auf Korea festen Fuß zu fassen und sich Rußland entgegenzustellen, das war der große Fehler. Der erste Akt unserer Weltpolitik ist außerordentlich zu unseren Ungunsten ausgefallen.

**Abg. Dr. Bachem (Centr.)**: Herr Bebel hat den Nachweis zu führen gesucht, daß wir mit China Krieg führen, aber es ist ganz gleich, wie diese Expedition diplomatisch stizziert wird. Für unser deutsches Volk kommt es nur darauf an, daß wir mit allen Ehren herauskommen. Keinem andern Volke ist sein Gesandter ermordet worden, die Expedition nach China war absolut notwendig im Interesse der Ehre unseres Namens. Wenn wir ebenso mit dem Reichskanzler darin einig sind, daß die Expedition ein Ende haben muß, sobald unserer Ehre Genüge gesehen ist, so können wir alle anderen Betrachtungen jetzt bei Seite lassen. Ich weiß, daß auf verschiedenen Seiten der Wunsch besteht, den Etat ohne Kommissionsberatung zu erledigen. Dieser Etat enthält nicht weniger als 123 Millionen. Gewiß, seine Beratung in der Budgetkommission wird vielleicht nicht lange Zeit in Anspruch nehmen, aber die Budgetkommission können wir nicht umgehen.

**Abg. Basser mann (nat.-lib.)**: Es könnte doch an sich ohne Budgetkommission die Vorlage erledigt werden. Es handelt sich doch im wesentlichen nur um die Konsequenzen unserer China-Politik und dazu um Pauschsummen, und eine Erörterung in der Budgetkommission kann uns keine neuen Thatsachen bringen. Bei der ersten China-Vorlage war das anders, da waren noch eine Menge staatsrechtlicher Fragen zu erörtern. Die Ausführungen des Reichskanzlers sind getragen von einem gewissen Optimismus. Sie bedenken sich ja im wesentlichen mit der schriftlichen Begründung der Vorlage. Ich sollte meinen, daß es nicht unsere Sache sein kann, in diesem schwierigen Stadium der auswärtigen Politik dem Reichskanzler und dem auswärtigen Amt Schwierigkeiten zu bereiten oder scharfe Kritik zu legen an Einzelheiten, während uns doch die Kenntnisse aller Vorgänge der Diplomatie fehlt und wir im wesentlichen angewiesen sind auf die Erklärungen, die uns hier gegeben werden. Es müßte uns auch fernliegen, die Stellung des Grafen Waldersee hintanzusetzen. Es ist nun neulich die Frage gestreift worden, ob es nicht an der Zeit sei, das Aufgebot unserer Macht in China herabzumindern. Wir stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß dies Sache der militärischen Befehlshaber sein muß. Die Erklärung, daß unerwünscht der Bestand des Dreibundes feststeht, wird im deutschen Volke einen freudigen Widerhall finden. Wir können im allgemeinen der Politik der Verbündeten Regierungen nur das Zeugniß ausstellen, daß sie konsequent die Ziele festgehalten hat, die sie sich von Anfang an gestellt hat. Auch bezüglich der schwierigen Frage der Entschädigung können wir die Art und Weise nur billigen, wie vorgegangen wird, daß man zunächst Sachverständige angezogen hat und dann von einem zu weitgehenden Eingreifen in die Finanzverhältnisse Chinas absehen will. Ich freue mich, daß heute die Angriffe gegen das Verhalten der deutschen Soldaten in China unterbleiben sind. Sie sind ja auch im wesentlichen bereits widerlegt worden. Einzelne Rohheiten sind vorgekommen, aber auch streng bestraft worden. Im großen und ganzen müssen wir sagen, daß das ganze Verhalten unserer Truppen in China die vollste Anerkennung verdient.

**Schrader (freis. Ver.)**: Auch ich glaube, wenn es auch etwas Absonderliches ist, die Verweisung an die Budgetkommission könnte sich erledigen. Ich kann nur die Art und Weise anerkennen, wie die Friedensverhandlungen geführt werden und die Entschädigungsfrage behandelt wird. Ich hoffe, daß es gelingen wird, als ehrlicher Makler Frieden zu schaffen. Ich hoffe, daß das Ansehen und die Macht und die Uninteressiertheit Deutschlands dazu erheblich beitragen werden.

**Reichskanzler Graf v. Bälou**: Nachdem ich mich über die Lage der Dinge in China eingehender ausgelassen habe, glaube ich mich jetzt um so kürzer fassen zu können, als die von dem Abg. Bebel gegen unsere China-Expedition vorgebrachten Bedenken von den Abgg. Dr. Bachem, Basser mann und Schrader in, wie mir schien, überzeugender Weise widerlegt worden sind. Ich wende mich deshalb nur zu einigen wenigen Punkten, die im Laufe der Debatte gestreift worden sind. Der Abg. Bebel hat die Expeditionen getabelt, die in der Provinz Petchili unternommen worden sind. Diese Expeditionen sind aber das einzige Mittel, um die Ruhe und Ordnung in Petchili, also das, was wir mit unserer Aktion in China in erster Linie erstreben, wiederherzustellen. Nun hat der Abg. Bebel gemeint, wir dienten in China englischen Interessen. Dieser Vorwurf hat mich einigermaßen in Verwunderung gesetzt von Seiten des Herrn Abg. Bebel, der doch ein Freund guter Beziehungen zu England ist. Das bin ich auch. Ich bin auch ein Freund besserer Beziehungen zu England aber nur im Rahmen unserer vollen Selbstständigkeit und deshalb betone ich mit großem Nachdruck, daß wir in China nur deutsche Interessen wahrnehmen und es den Engländern überlassen, ihre Interessen dortselbst zu vertreten. Der Abg. Richter hat an mich die Frage gerichtet, was eigentlich in dem sogenannten Mandchurei-Abkommen stünde. Ja, meine Herren, wenn ich das wüßte! (Heiterkeit.) Das weiß ich nicht, das wissen sogar gewisse Regierungen nicht, die an dem Mandchurei-Abkommen direkter interessirt sind als wir. Wenn ich aber ohne irgend welche Pression auf eine fremde Regierung auszuüben, auf ganz natürliche und ungewollene Weise etwas erfahre über den Inhalt des angeblichen Mandchurei-Abkommens, so werde ich es mit großem Vergnügen dem Abg. Richter mittheilen. (Heiterkeit.) Der Abg. Richter hat weiter sich berufen auf ein Telegramm der Telegraphenagentur Vassan. Das ist eine Telegraphenagentur die in der Entenzucht eine wahre Virtuosität besitzt. (Heiterkeit.) Deshalb bin ich geneigt zu glauben, daß, was die Agentur Vassan berichtet hat, Schwindel war und ich bin überzeugt, daß unser Gesandter in Peking Herr v. Mumm niemals gesagt hat, daß wir jetzt in China eine anexionistische Politik treiben wollen. Jedenfalls kann ich in dieser Beziehung nur wiederholen, was ich bei der Beratung der ersten China-Vorlage im November erklärt habe, nämlich, daß wir nicht wünschen, die Grenzen und den Rahmen des deutsch-chinesischen Vertrages von 1898 zu überschreiten. Der Abg. Richter hat ferner gefragt, warum unsere Schlachtflotte noch in China bliebe. Wir lassen unsere Schlachtflotte noch in China einmal wegen des moralischen Eindruckes auf die Chinesen. Auch die Chinesen sind nicht unempfindlich für Impressionen, und die Anwesenheit unserer Schlachtflotte macht sie gefügiger für die Friedensverhandlungen. Dann aber lassen wir die Schlachtflotte dort, weil für die immerhin beträchtliche Landmacht, die wir in Ostasien haben, die Deckung und Unterstützung durch die Flotte in hohem Grade nöthig ist. Endlich hat die Anwesenheit unserer Flotte auch wesentlich beigetragen zu dem ruhigen Verhalten der verschiedenen Vizekönige in China. Das ist auch die Ansicht sowohl unseres Gesandten in China als des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee. Ich habe hier ein Telegramm unseres Gesandten in Peking, den ich, vielleicht in Vorahnung der Anfrage des Abg. Richter (Heiterkeit), vor einigen Tagen gefragt hatte, ob wir die Flotte nicht zurückziehen könnten. Da antwortet mir unser Gesandter: „Graf Waldersee würde ein vorzügliches Zurückziehen des Geschwaders bedauern, da er an der Auffassung festhält, daß die ausgezeichneten Dienste, die dasselbe durch seine Anwesenheit am Yangtse geleistet hat, bei der Auseinandersetzung über die Entschädigung in erhöhtem Maße zur Geltung kommen würden.“ Auch ich bin der Ueberzeugung, daß die vorläufige Belassung desselben in Ostasien vorthelhaft für den weiteren Gang der Verhandlungen, für die Annahme der Garantie, für die Erfüllung unserer Forderungen, sowie für das fernere Wohlverhalten der Yangtse-Gouverneure sein wird. Der Herr Abg. Richter hat ferner gesprochen von einem plötzlichen Abzug der russischen Truppen in Petchili. Eine solche plötzliche und für uns überraschende Zurückziehung der russischen Truppen hat nicht stattgefunden. Die russische Regierung hat uns in lokaler Weise rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß sie einen Theil dieser Truppen in der Mandchurei brauche, und das war schon im Hinblick auf die langgestreckte russisch-chinesische Grenze sehr begründet. Die russische Regierung betonte gleichzeitig, daß sie nach wie vor sich nicht vom Kongress der Mächte zu trennen beabsichtige, und daß sie hohes Gewicht lege auf ein freundschaftliches Zusammengehen mit uns auch in Ostasien. Nun hat der Abg. Richter weiter gemeint, daß ich mich in zu allgemeinen Wendungen bewegt hätte. Eine ähnliche Kritik habe ich auch neulich vernommen bei der zweiten Beratung des Etats des auswärtigen Amtes. Da möchte ich doch konstatiren, daß in keinem andern Parlament, weder in Paris noch in Rom noch in London, irgend ein anderer Minister des Aeußern speziell über die Chinafrage so detaillierte Mittheilungen gemacht hat, wie ich mich beehrt habe, sie heute zu machen. Mit neuen Enthüllungen kann ich unmöglich immer aufwarten, und ich will mich lieber der Kritik aussetzen, daß ich zu wenig sagte, als mit Recht den Vorwurf verdienen, daß ich Dinge sagte, die die Interessen des Landes schädigen könnten. Ich bin schließlich doch kein arabischer Märchenerzähler (Heiterkeit), sondern ich bin der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Politik. Der Herr Abg. Richter hat gemeint, und der Herr Abg. Bebel hat es wiederholt, daß die China-Politik das deutsche Volk immer mehr mit Mißtrauen gegen die Weltpolitik erfüllen und das deutsche Volk mehr und mehr von der Weltpolitik abbringen würde. Wir sollten uns doch

einmal darüber verständigen, was wir eigentlich unter Weltpolitik verstehen. Ein Begriff muß doch bei dem Worte sein. Wenn der Herr Abg. Richter unter Weltpolitik irgendwelche Tendenz versteht, uns in Dinge zu mischen, die uns nichts angehen, so bin ich der allerentschiedenste Gegner einer solchen Weltpolitik. Daß wir aber durch die Entwicklung unserer Verhältnisse große überseeische Interessen, namentlich in Ostasien, erworben haben und daß es für uns eine Lebensfrage ist, diese Interessen zu fördern und zu entwickeln, das ist eine historisch gewordene Thatsache, von der wir als vernünftige Leute nicht abstrahiren können. In diesem Sinne habe ich vor 3 Jahren gesagt, daß wir auch unsern Platz an der Sonne beanspruchen, und in diesem Sinne wiederhole ich heute, daß wir diesen Platz behaupten und uns nicht in den Schattungen drängen lassen wollen. (Beifall.)

**v. Thiedemann (Reichsp.)**: Ueber die Fragen, auf die es ankommt, können wir in der Budgetkommission doch nicht verhandeln. Wir sind mit dem Vorgehen der Regierung voll einverstanden, wir müssen den Chinesen unsere Macht zeigen. Wenn schon, denn schon.

Damit schließt die Besprechung. Die Verweisung des Ergänzungsetats an die Budgetkommission wird gegen das Centrum und einem Theil der Rechten abgelehnt.

\* Berlin, 16. März.

(Telegramm.)

Nach Erledigung des Ergänzungsetats erfolgt die Verathung der Forderung von 123 322 000 M. für die ostasiatische Expedition.

Kriegsminister v. Goßler führt aus: Dem Oberkommando unterstehen 64 000 Mann, darunter 17 750 Deutsche, 14 050 Franzosen, 12 850 Engländer, 9 000 Russen, 6 000 Japaner, 2 350 Italiener, 1 600 Amerikaner, 250 Oesterreicher. Das Räuberwesen in China habe im letzten Winter wesentlich nachgelassen. Unsere Soldaten hätten sich in schwierigen Verhältnissen ausgezeichnet bewährt. Von kleineren Streifzügen abgesehen, sind nur 11 größere Expeditionen unternommen worden. Nach unerheblicher Debatte wird der Nachtragsetat für China angenommen.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 16. März.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute Vormittag halb 10 Uhr nach Baden, um daselbst verschiedene Besuche zu machen. Höchstselbe kehrte gegen 1 Uhr hierher zurück. — Gleichzeitig mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin reisten Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Max nach Italien ab, und zwar zunächst nach Rom, von da nach Neapel. Die Abwesenheit des prinziplichen Paares wird fünf Wochen dauern und erfolgt auf ärztlichen Rath, da der Prinz schon seit mehreren Wochen an einer katarrhalischen Halsaffektion leidet, für deren Heilung ein Aufenthalt in milder Luft empfohlen ist. Die Wahl des Aufenthaltsortes wird wesentlich von den Witterungsverhältnissen abhängen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog begleitet Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin zum Hauptbahnhof und nahm daselbst von Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen und Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Max Abschied. Von 11 Uhr an hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai und Nachmittags denjenigen des Legationsraths Dr. Seyb.

Abends halb 8 Uhr empfängt Seine Königliche Hoheit den Professor Dr. Gattermann von der Universität Freiburg, der darnach einen Vortrag „über Textilfasern und Farbstoffe“ hält. Hierzu sind zahlreiche Einladungen ergangen.

\* (Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt: Am Samstag den 23. März wird als Neuheit das einaktige historische Lustspiel „Lysanders Mädchen“ von Josef Viktor Widmann gegeben werden. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Höcker, Müller, Genter und der Herren Mart, Gerlach. Hinter diesem Stück wird Holberg's Lustspiel „Der geschwätzte Barbier“ in der Bearbeitung von Eduard Devrient, neu einstudirt, in Scene gehen. Die Titrolle spielt Hugo Höcker. Am Donnerstag den 21. März wird eine Wiederholung von „Der Kaufmann von Venedig“ stattfinden. In der Oper gelangt am Dienstag den 19. März „Lucia von Lammermoor“, am Freitag den 22. März „Sigaro's Hochzeit“ und am Sonntag den 24. März „Dom Sebastian“ zur Aufführung.

\* (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Montag, den 18. März, Abends halb 9 Uhr, wird im großen Eintrachtsaal der bekannte Hamburger Schriftsteller Otto Ernst Neitzel von eigener Dichtung („Die Tauschen des Erasmus“, „Aus einem frohen Farbenpiel“ u. c.) vortragen.

\* Seibelberg, 16. März. Gestern Vormittag 9 Uhr begannen in Sachen des Seibelberger Eisenbahnunglücks die Verhandlungen gegen den am 7. September 1879 geborenen Expeditionsgehilfen Albert Josef Weipert, der als dienstthuender Beamter auf Station Karlsruhe den Kurszug 126 a „bahnfrei“ gegeben hatte, ehe der ihm vorausfahrende Kurszug 126 a in die Station Karlsruhe eingefahren war. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tödtung, fahrlässige Körperverletzung und Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Den Vorzug führte Landgerichtsdirektor Dr. West. Die Vertheidigung lag in den Händen der Anwalts Dr. Fröh auf und Dr. Schottler. Die Verhandlung dauerte bei starkem Andrang des Publikums bis Nachts 12 Uhr. Der Angeklagte wurde zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt, von denen vier als durch die Untersuchungsmaßnahme verbüßt erachtet wurden. Der Angeklagte wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. In der Urtheilsbegründung wird ausgeführt, daß er wesentliche Vorschriften der Fahrdienstordnung außer Acht gelassen

hat. Der Hauptfehler ist der gewesen, daß er Zug 126 a angenommen hat, obwohl der vorher angenommene wesentlich langsamer fahrende Zug noch nicht in der Station angekommen war. In einer ungewöhnlichen Eile hat er die Dienstpflicht hat es gelegen, daß er dem Fahrdienst weniger Aufmerksamkeit geschenkt habe, als dem Schalterdienst. Zuggeben müßte das Gericht, daß es in dem Verhalten des Angeklagten durchaus keine Niederlichkeit erblicken könne. Bei der Strafbemessung hat das Gericht mildernd in Betracht gezogen: das jugendliche Alter des Angeklagten und den Umstand, daß Bahnverwalter Hofmann ihm hätte dienstlich mehr Aufsicht zuwenden sollen und schließlich, daß er von dem Halten der Lokomotive am Semaphor nichts gewußt habe, was ihm auch dienstlich nicht mitgeteilt worden ist. Das Gericht gibt zu, daß das Unglück sicher nicht eingetreten wäre, wenn der Zug nicht am Semaphor gehalten hätte.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. März.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichs am 15. März.

Die Kommission beantragt Streichung der ersten Rate zum Neubau eines Dienstgebäudes für das Patentamt, ferner die Resolutionen, erstens: den Reichskanzler zu ersuchen, im nächsten Etat die Summe von 30 000 M. zur Unterstützung der Herausgabe der Veröffentlichungen der Gesellschaft zur Verbreitung der Erziehung und Volksbildung auf 50 000 M. zu erhöhen; zweitens: der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß die für die Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter bewilligten Summen nur Verwendung finden, wenn bei der Festsetzung der Mietpreise nur die landesübliche Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals, sowie die Kosten der Verwaltung und Instandsetzung in Anrechnung gebracht werden, und daß die Häuser späterhin keinem anderen Zwecke dienen dürfen; drittens: den Reichskanzler zu ersuchen, in den Etat für 1902 eine entsprechende Summe für die Förderung der Bekämpfung der Tuberkulose, insbesondere Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke einzufügen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky ergreift das Wort und führt aus: Er bitte, die Summe für das Patentamt zu bewilligen, der Bau sei unbedingt notwendig.

Der Kommissionsantrag wird darauf abgelehnt. Alle drei Resolutionen werden angenommen. Die weiteren Titel werden nach den Kommissionsanträgen bewilligt.

Bei der Forderung von 150 000 M. erste Rate als Beitrag des Reichs zum Ausbau der Hofkönigsburg befreitwortet Baffermann (nat.-lib.) die Annahme, es handle sich für das Reich nur um die Summe von 750 000 M. um eine fest bestimmte Subvention, die ganze Frage werde über die Gebühr aufgeschoben. Man knüpfe an die Bewilligungen im Landesauschuss Hoffnungen hochpolitischer Art, das sei von vornherein verfehlt.

Abg. Dertel (konf.) stimmt Baffermann zu, so erbärmlich sei die finanzielle Lage doch nicht, daß man nicht in fünf Jahren 750 000 M. bewilligen könnte.

Abg. Windemald (Antif.) spricht sich gegen die Bewilligung aus; der Reichstag habe keine Veranlassung, das Privateigentum des Kaisers auszubauen.

Graf v. Posadowsky führt aus, das Reichsoberhaupt wolle die Wiederherstellung der Burg lebhaft, um sie öffentlichen Zwecken zu widmen.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 15. März.

Zweite Beratung des Ergänzungsetats.

Die Beratung beginnt mit der Ergänzung des Etats des Auswärtigen. 95 000 M. zur Erweiterung der Dienstwohnung des Staatssekretärs und zur Ergänzung des Inventars werden nach kurzer Debatte bewilligt.

Bei der Beratung der Ergänzung des Etats der Reichsschuld erwidert auf eine Anfrage des Abg. Richter der Reichsschatzsekretär v. Thielmann, daß der Zeitpunkt der Ausgabe einer größeren Anleihe noch nicht feststeht. Wir müssen uns die Möglichkeit offen halten, falls im Laufe dieses Jahres unsere Truppen und Schiffe noch nicht rechtzeitig zurückzuführen sind, einen Teil der in der Ergänzungsvorlage gegebenen Anleihe in diesem Jahre noch flüssig zu machen. Ob dies durch Schatzanweisungen geschieht, oder in Form einer zweiten Anleihe ist noch ungewiß.

## England und Transvaal.

(Telegramme.)

London, 16. März. Die „Times“ meldet aus Pretoria vom 14. d. M.: Dewet erreichte mit einem kleineren Burengesolge Senekal, nähert sich aber der Gegend, wo ihm wahrscheinlich eine erhebliche Verstärkung seiner Streitmacht zugehen wird. Dornberg und Kavanaberg, nordwestlich von Ficksburg, waren niemals ganz frei von räuberischen Banden. Dewet's Absicht geht wahrscheinlich dahin, einige derselben aufzunehmen.

London, 16. März. Eine Depesche Ritchener's aus Pretoria von gestern meldet: General Frend berichtet in Ergänzung seiner früheren Meldungen, daß noch 706 Buren theils getödtet theils verwundet, 146 gefangen genommen seien oder sich ergaben. Erbeutet wurden von ihm noch 200 Gewehre, 2400 Pferde, 2500 Stück Vieh, 400 Wagen etc. Es herrscht noch regnerisches Wetter, wodurch der Vormarsch der Truppenabteilungen verzögert wird.

London, 16. März. Den Abendblättern wird aus Standerton vom 15. März gemeldet, daß die unter French stehenden Truppen im Hinblick auf die zwischen Ritchener und Botha schwebenden Verhandlungen Halt machen.

London, 16. März. Neutermelung. Lord Ritchener meldet aus Pretoria vom 15. d. M.: Eine von Lydenburg gekommene Truppenabteilung unter Oberst Parker überraschte ein Burenlager bei Krügersport und nahm dasselbe.

London, 16. März. Die „Times“ melden aus Kaalspruit von gestern: Es verlautet Botha, DeLarey und Dewet haben am 18. d. M. eine Zusammenkunft, um über die Lage zu beraten.

Kapstadt, 16. März. Neutermelung. Dem Mitgliede der gesetzgebenden Versammlung Schermbrocker ist es gelungen, unter den deutschen Anhängern in Kapstadt nahe an 1000 Mann zu bewegen, sich den verschiedenen Abteilungen der Verteidigungstruppen anzuschließen.

Bloemfontein, 15. März. Dewet hielt dieser Tage eine Ansprache an seine Anhänger, worin er erklärte, daß in Transvaal durchaus keine Unterhandlungen mit englischen Behörden im Gange seien.

London, 15. März. Unterhaus. Alfred Davies fragt an, ob in Südafrika eine Organisation ins Leben gerufen werde, mit deren Hilfe nach Herbeiführung des Friedens man in der Lage sein werde, den nothleidenden Buren sofortige Hilfe zu leisten und ob eine derartige Hilfeleistung der Transvaal-Drangelonie zur Last gelegt werde.

Chamberlain erwidert, daß eine derartige Organisation in Erwägung gezogen sei, aber er sei nicht in der Lage, mehr zu sagen, als daß sie beachtlich sei und daß, wenn der Transvaal-Drangelonie irgend etwas zur Last gelegt werden wird, diese Hilfeleistung ihr zur Last fallen solle.

Oberhaus. Nach längerer Debatte, worin Lansdowne und Wolseley den Streit über die mit dem Transvaalkrieg verbundene Verantwortlichkeit fortsetzten, lehnte das Haus mit 62 gegen 38 Stimmen die von Wolseley gewünschte Veröffentlichung der von ihm verfaßten Dokumente ab.

New-York, 16. März. Dem „New-York Herald“ wird aus Washington gemeldet: Die Vereinigten Staaten hätten offiziell, wenn auch indirekt, die Anerkennung der beiden südafrikanischen Republiken durch England anerkannt. Diese Anerkennung sei in einem vom Staatsdepartement herausgegebenen Jahresbericht der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Auslande zugegeben.

Kapstadt, 15. März. Nachdem die Behörden als Vorsichtsmaßregel gegen die Ausbreitung der Pest die Ausweisung der Kaffern aus der Stadt und ihrer Umgebung und ihre Unterbringung in besondere Vertheilungslagerstätten beschlossen, veranfaßten die in Kapstadt ansässigen Malayen, welche eine ähnliche Behandlung befürchteten, eine große Versammlung und beschloßen, sich wenn möglich, der Ausweisung mit Gewalt zu widersetzen. In der Stadt befinden sich einige Tausend malayische Männer.

## Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

London, 15. März. Unterhaus. Hids-Beach erklärt auf eine Anfrage, er könne keine genaue Einzelheiten über die Kosten der militärischen und Flottenoperationen in China geben, aber die Gesamtsumme werde etwa 3 1/2 Millionen betragen.

Hamilton erklärt bezüglich des Landgebiets, auf das die Administration der North-China-Bahn Besitzrechte habe, sei von den russischen Militärbehörden Anspruch erhoben. Er habe die Mittelteilung erhalten, daß sie infolge hieron Schwierigkeiten erhoben hätten bezüglich der Errichtung einer Ausweichstelle. Die Angelegenheit werde von den Behörden am Orte behandelt. William Redmond fragt an, ob im Falle von Streitigkeiten zwischen den Verbündeten in China englischen Offizieren erlaubt sei, mit Waffengewalt zu drohen, ohne die heimische Regierung vorher zu befragen.

Hamilton erwidert: Die englischen Offiziere betätigten bei den Operationen in China durchaus in allen Schwierigkeiten einen äußerst vorzüglichen Geist. Er glaube nicht, daß es nötig sei, ihnen Instruktionen zu senden.

London, 16. März. Das auswärtige Amt erließ einen Aufruf, worin alle Personen und Gesellschaften, welche in Verbindung mit den chinesischen Unruhen Ansprüche an China erheben, aufgefordert werden, nähere Mittheilung einzureichen, da jetzt in Peking die Entschädigungsfrage erörtert werde.

Washington, 16. März. Neutermelung. Es verlautet, Staatssekretär Hay betonte gestern in einer offiziellen Unterredung mit dem russischen Botschafter Cassini ausdrücklich, daß es den Vereinigten Staaten bei ihrem Vorgehen bezüglich der chinesischen Angelegenheit sehr nützlich sein würde, wenn sie zu einem klaren Verständniß der russischen Absichten gelangen würden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 15. März. Der Bundesrath stimmte dem Ausschussbericht über den Entwurf eines Gesetzes wegen Uebernahme der Garantie des Reiches in Bezug auf die Eisenbahn Dares-Salaam-Mrogoro und ebenso dem Ausschussbericht über die Vorlage betreffend Einführung des Einpennigtarifs auf den Eisenbahnen für Militärverläufer zu.

Berlin, 15. März. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz betreffend Aenderung des Gesetzes über das Posttagewesen im Gebiet des Deutschen Reiches.

Bosen, 15. März. Amtliches Wahlergebnis. Bei der Reichstagswahlwahl am 11. März wurde im hiesigen Wahlkreise v. Chrzanowski (polnisch-radikal) mit 15 412 von 25 621 Stimmen gewählt. Oberbürgermeister Witting (nat.-lib.) erhielt 9 482 Stimmen. Kasprzak (Soz.) 720 Stimmen.

Darmstadt, 16. März. Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing in besonderer Audienz den Prinzen Otto von Wittgenstein und nahm die Notifizierung der Thronbesteigung Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen-Weimar entgegen. Darauf fand zu Ehren des Abgesandten Gastafel statt.

SRK. Straßburg, 16. März. Die Meldung des „Osservatore di Milano“ daß der Ehrenbürger Stadtpfarrer Frey in Colmar zum Bischof in Metz designirt sei, entbehrt der Begründung. In hiesigen Regierungskreisen ist nichts davon bekannt, daß die Kandidatur Born von Bulach für den Metz-Bischöflich fallen gelassen ist, noch auch, daß ein Vorschlag des Stadtpfarrers Frey für diesen Posten der römischen Kurie unterbreitet ist. Ebenso wenig ist es richtig, daß die von einigen Blättern mit dieser Angelegenheit in

Verbindung gebrachte Reise des Freiherrn v. Hammerstein, Bezirkspräsidenten von Lothringen, nach Rom mit der Metz-Bischöfsfrage etwas zu thun hat.

Paris, 16. März. Deputirtenkammer. Castellin interpellirt über den wucherischen Zuckeraufkauf. Mehrere Redner verlangen das Verbot des Waarenwuchers und die Strafverfolgung des Abg. Jaluzot. Letzterer erklärt, seine Geschäfte seien nur gesetzliche. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Paris, 16. März. Déroulède erklärte einem Berichterstatter gegenüber, er hoffe, daß jener Mann, der ihn im Namen des Herzogs von Orléans aufsuchte und den Staatsstreichplan verrathen habe, sich selbst melden werde, da er von einem solchen Geständniß keine strafrechtlichen Folgen mehr zu befürchten habe.

Montceau les Mines, 16. März. Die ausständigen Bergarbeiter beschloßen, im Auslande zu verharren und richteten an den Ausschuß der Bergarbeiterverbände die Aufforderung, den Gesamtzustand zu proklamieren, falls die Forderungen der Bergarbeiter nicht binnen acht Tagen erfüllt wären. Dem Vernehmen nach sind die Arbeiter von Montceau les Mines mit den Lohnangehörigen einverstanden, bestehen aber darauf, daß kein Arbeiter entlassen werde.

Marseille, 16. März. Die Doctunternehmer richteten an den Ministerpräsidenten ein Telegramm, worin es heißt: Die Ausständigen durchziehen die Straßen und bedrohen uns, wir sind nicht genügend geschützt und verlangen von der Regierung, daß den Gesehen Achtung verschafft und die Sicherheit unserer Personen verbürgt wird. Die Odmänner der Fuhrleute und der Bäcker erklärten sich bereit, sich dem Auslande der Hafenarbeiter anzuschließen.

Rom, 16. März. Die Kammer nahm die Regierungsvorlage an betreffend Prämien für die Handelsmarine.

London, 16. März. Das Königspar und der Herzog und die Herzogin von York reisten gestern nach Portsmouth ab. Von dort wird das Thronfolgerpaar heute die auf einen längeren Zeitraum berechnete Reise nach den Kolonien antreten.

London, 15. März. Unterhaus. Hids-Beach bringt den Bericht des Comités für die Civilliste ein bezüglich der Veröffentlichung von vertraulichen Mittheilungen, die in jenem Comite gemacht wurden, durch die „Times“. Er empfiehlt dem Sprecher, entweder durch Ausschließung der Vertreter der „Times“ oder anderweitig der Wiederholung dieses Vorfalls vorzubeugen. Der Sprecher erwidert, er werde die Vorschläge des Comités unverweilt erwägen.

London, 16. März. Das Unterhaus genehmigte die Gesamtzahl der neu zu bildenden Truppen nebst den Kosten dafür nach dem von Brodrick aufgestellten Plane. Die Beratung hierüber wurde auf eine spätere Angelegenheit vertagt.

Madrid, 16. März. Der industrielle Verein hat an den Finanzminister das Ersuchen gerichtet, den Kongregationen die Ausübung der gewerblichen Thätigkeit zu unterlagen.

St. Petersburg, 15. März. Der Unterrichtsminister Bogoljepow ist heute Nachmittag gestorben. Der russische Unterrichtsminister Bogoljepow wurde, wie seiner Zeit gemeldet, am 27. Februar von dem Studenten Karponitsch gelegentlich eines Empfangs von Bittstellern schwer verletzt. Dieser Verletzung ist nun Bogoljepow erlegen, als Opfer eines politischen Attentats.

## Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Sonntag, 17. März. Abth. C. 44. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Die Afrkanerin“, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von E. Scribe, deutsch von F. Gumbert, Musik von G. Meyerbeer. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 16. März 1901. Die Depression, welche gestern über der Biscayasee gelegen war, ist bis nach Südengland weiter gezogen; von da aus erstreckt sich eine kurze niedrige Drucke über Deutschland hinweg nach dem Osten. In Mitteleuropa ist das Wetter trüb oder unbeständig und zu Regenfällen geneigt. Der hohe Druck hat sich vom Nordosten Europas nach dem Osten verlegt; ein stärkerer Temperaturrückgang steht deshalb vorerit nicht in Aussicht; es ist vielmehr milde und regnerisches Wetter zu erwarten.

## Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Wetter
März 15. Nachts 9 <sup>u</sup> U.	746.6	8.6	6.5	78	SW	heiter
16. Morgs. 7 <sup>u</sup> U.	748.7	4.6	6.0	96	SE	h. bedeckt
16. Mittags. 2 <sup>u</sup> U.	748.4	9.8	6.5	71	SW	bedeckt

Höchste Temperatur am 15. März: 12.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.5

Niederschlagsmenge des 15. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 16. März.: 3.33 m, gefallen 5 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rasch in Karlsruhe.

Seidenstoffe, Sammts, Velvets für Kleider und Blusen liefern wir direkt an Private. — Man verlange Muster. Fabrik u. Handlung, Krefeld.

C. F. Otto Müller, Permanente Kunst- Kaiserstrasse 144 (neben Moninger)

Um gefl. Besichtigung wird gebeten. Kein Kaufzwang.

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Co., Hoflieferanten, Karlsruhe, Rindelpfad.

Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystal, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Aussteuern, Hotel- und Hauseinrichtungen.

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe, En détail. Kaiserstrasse 143, nächst dem Hauptbahnhof.

Bedeutendes Spezialgeschäft in: Agartikeln aller Arten, Seidenstoffen, Kaffeemerkern, Seiden, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Gravatten, Fädeln. Ständiger Eingang von Neuheiten.

